

„Sprich leise und setze eine große Agenda durch“

Seit 100 Tagen ist Joe Biden US-Präsident, er hat bereits viel erreicht und angestoßen

VON THOMAS SPANG, WASHINGTON

In der Innentasche seiner Jacke trägt der 46. Präsident der Vereinigten Staaten stets eine Karteikarte bei sich. Darauf stehen fein säuberlich seine Termine für die eng getakteten Tage im Weißen Haus. Golfen gehört nicht zu den Aktivitäten, die die Agenda Joe Bidens füllen. Der Amtsinhaber hat dafür genauso wenig Zeit wie für Einlassungen auf Twitter oder Selbstinzierungen vor den Kameras.

Der 78-Jährige vermittelt den Eindruck der Dringlichkeit, agiert wie einer, der weiß, dass die Zeit knapp ist. Wie die Mehrheiten, die er im Kongress hat. Da die Partei des Präsidenten, in diesem Fall die Demokraten, in den „Midterms“ genannten Zwischenwahlen für gewöhnlich Sitze verliert, könnte die Mehrheit 2022 schon wieder weg sein. Biden zieht Konsequenzen aus seiner Erfahrung an der Seite Barack Obamas, der nach seiner historischen Wahl viel Zeit darauf verwendete, die Republikaner zu umwerben, statt zu regieren. Diesen Fehler will der aktuelle Amtsinhaber nicht wiederholen. „Das größte Risiko besteht nicht darin, zu viel zu tun“, setzte Biden nach seiner Amtseinführung am 20. Jänner den Ton. „Es besteht darin, zu wenig anzupacken.“

Es mangelt nicht an Aufgaben

An Aufgaben mangelt es wahrlich nicht. Die Corona-Pandemie ließ wie ein Katalysator die Verwerfungen zutage treten, die Amerika plagt: die weit auseinanderklaffende Wohlstandsschere, der Zugang zu Gesundheitsdiensten, die Überschuldung der Privathaushalte, die ungleiche Verteilung der Lasten zwischen der weißen Mehrheit und den Minderheiten, der strukturelle Rassismus und der traurige Zu-

stand der Infrastruktur in den Vereinigten Staaten.

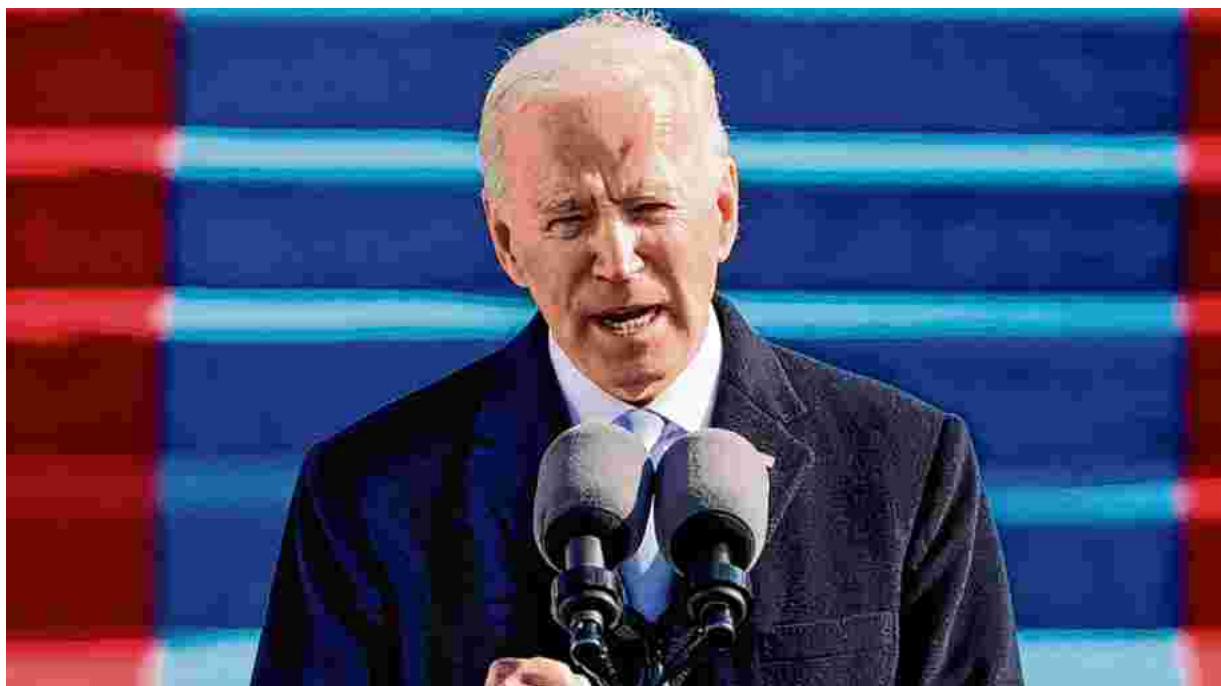
All das mündete in einer Krise der US-Demokratie, die am 6. Jänner in einem Aufstand der Anhänger Donald Trumps gipfelte. Biden senkte die Temperatur der öffentlichen Auseinandersetzung deutlich ab. Statt sich wie sein Vorgänger ständig selbst zu inszenieren, verschwand er fast von der Bildfläche. Die Amerikaner wachen seitdem nicht mehr zu Tweets auf, in denen ihr Präsident wahlweise mit dem Atomkrieg droht, eine tödliche Pandemie verharmlost oder lügt, dass sich die Balken biegen.

Der „New York Times“-Kolumnist Ezra Klein meint, Biden habe sich mit dem neuen Stil Spielraum verschafft. „Sprich leise und setze eine große Agenda durch.“ In den ersten 100 Tagen im Oval Office überraschte der im Wahlkampf als „Sleepy Joe“ verspottete Biden Bewunderer und Gegner damit, wie sehr er auf die Tube drückt.

1400 Dollar als Direkthilfe

Am 50. Tag seiner Präsidentschaft lag auf dem „The Resolute“ genannten Schreibtisch das mit einem Volumen von 1,9 Billionen Dollar teuerste jemals beschlossene Gesetz. Von der gegenüberliegenden Seite schaute Bidens Vorbild Franklin D. Roosevelt aus dem Bilderrahmen zu, wie er das Hilfspaket unterzeichnete, das den meisten Amerikanern 1400 Dollar direkt zukommen ließ.

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, übertrieb nicht, als sie feststellte, dass der „American Rescue Plan“ so groß sei, „dass die Menschen beim Abendessen am Tisch darüber sprechen“. Bei der ersten Pressekonferenz seiner Amtszeit gab Biden einen unmissverständlichen Hinweis auf die Ambitionen seiner Präsidentschaft.



Der Demokrat Joe Biden wurde am 20. Jänner 2021 auf den Stufen des US-Kapitols als 46. US-Präsident angelobt. (AFP)



„Das größte Risiko besteht nicht darin, zu viel zu tun. Es besteht vielmehr darin, zu wenig anzupacken.“

Joe Biden, 46. US-Präsident

„Es ist das erste Mal, dass wir seit der Regierung Lyndon B. Johnsons, und vielleicht noch weiter zurück, das Paradigma verändern.“ Der Präsident bezog sich dabei auf die als „Great Society“ in die Geschichte eingegangenen Reformgesetze Johnsons.

Andere im Weißen Haus suggerieren Parallelen zu den Veränderungen unter Roosevelt, auf den übrigens die Tradition zurückgeht, nach den ersten 100 Tagen im Weißen Haus Bilanz zu ziehen.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Roosevelt-Biograf Jonathan Alter („The Defining Moment: FDR's Hundred Days and the Triumph of Hope“) meint, Biden habe die seltene Chance, den Reformstau aufzulösen, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu formulieren und damit die politische Landschaft für Generationen zu verändern. Der von Ronald Reagan zum Problem erklärte Staat kehrt als positive Kraft ins Leben der Amerikaner zurück.

Mit den beiden vorgelegten Infrastruktur-Paketen geht der Präsi-

dent die Probleme der US-Gesellschaft so fundamental an, wie sie deren Zusammenhalt bedrohen. Biden will vier Billionen Dollar in Verkehrs-, Daten- und Energienetze, soziale Infrastruktur wie Kinder- und Altenbetreuung, Bildung, Gesundheit und Umwelt investieren. Bezahlt werden soll das durch eine Anhebung der Steuern für Unternehmen und Spitzenverdiener.

Die USA wandern nach links

„Uncle Joe“ versucht die Koordinaten der US-Politik weiter nach links zu verschieben, als Kongressabgeordnete wie Alexandria Ocasio-Cortez nach seiner Wahl zu hoffen wagten. „Er übertrifft die Erwartungen, die Progressive hatten“, sagte sie vergangene Woche.

Der neue Präsident kehrte zum Weltklima-Abkommen zurück, stärkte multilaterale Organisationen, verhängte Sanktionen gegen Russland und ordnete den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan an. Eine von Pandemie und Klimakrise bedrohte Welt braucht laut Analyse Bidens eine andere Sicherheitspolitik als jene Doktrin, die seit dem 11. September 2001 die Leitidee der USA war.

Hohe Zustimmungsraten

Als Achillesferse Bidens in den Umfragen erweist sich die Flüchtlingskrise. Während der Präsident sich insgesamt über Zustimmungsraten zwischen 51 und 59 Prozent freuen darf, ist eine Mehrheit der Amerikaner unzufrieden mit der

Handhabung der Situation an der Grenze zu Mexiko.

Dass die republikanischen Attacken gegen Biden außerhalb des eigenen Lagers nicht verfangen, hat mit seinem Erfolg beim Kampf gegen die Pandemie zu tun. Während sein Vorgänger Covid-19 erst ignoriert, dann verharmlost und schließlich geleugnet hat, machte Biden die Eindämmung der Pandemie zur Top-Priorität.

Immer wieder zieht er seine Karteikarte aus der Jackentasche, auf der unter anderem auch die ständig aktualisierte Zahl der Pandemie-Toten steht. Mit mehr als 500.000 Opfern haben die USA eine der höchsten Sterblichkeitsraten der Welt. Dass Bidens Amerika heute beneidet wird, liegt an der nationalen Impfkampagne, die sein Covid-19-Team in Lichtgeschwindigkeit organisiert hat.

Täglich drei Millionen Impfungen

Das Impfwunder lässt sich an Zahlen festmachen: Mit täglich drei Millionen Impfungen hat bereits mehr als jeder zweite Amerikaner mindestens eine Impfung erhalten. Die Zahl der Toten fiel von den 4380 am Tag der Amtseinführung auf zuletzt weniger als 700 binnen 24 Stunden. Biden hofft, am Ende der nächsten 100 Tage bei den Covid-Toten eine andere Ziffer auf seiner Karteikarte stehen zu haben: null. Aus Sicht des 46. Präsidenten wäre das der Beweis, dass der Staat eine positive Kraft im Leben der Menschen sein kann.

Politologe: „Innenpolitisch bekommt Joe Biden relativ gute Noten“

US-Experte Heinz Gärtner sieht in den ersten 100 Tagen des neuen US-Präsidenten viel Licht, aber auch Schatten

VON CLEMENS SCHUHMAN

WIEN. Der Politologe und ausgewiesene US-Experte Heinz Gärtner von der Universität Wien analysiert im OÖN-Interview die ersten 100 Tage Joe Bidens im Weißen Haus.

OÖN: Donald Trump verspottete Joe Biden als „Sleepy Joe“. In den ersten 100 Tagen im Amt war der Demokrat aber sehr umtriebig. Wie beurteilen Sie Bidens Start?

Heinz Gärtner: Von der Persönlichkeit her ist Joe Biden als Präsident viel energischer aufgetreten als noch im Wahlkampf. Aufgrund der Covid-Krise war er im Wahlkampf sehr lange unsichtbar. Von der Persönlichkeit her haben die Amerikaner wieder einen Präsidenten, der auch auftritt wie ein Präsident.

Beschäftigt hat Biden ja zu Beginn vor allem die Innenpolitik...

Da hat er bereits sehr große Schritte gemacht. Er hat vieles schon umgesetzt, was er im Wahlkampf versprochen hat: Biden hat etwa die Impfkampagne in Gang gebracht, und er hat versucht, ein großes Infrastrukturprogramm durch den Kongress zu bringen. Das ist sehr wichtig, wie ein Blick auf die marode Infrastruktur in den USA zeigt. Trump war das ja relativ gleichgültig. Aufgehoben hat Biden zudem den Einreisebann für Muslime. Dazu kommen noch Umweltprogramme. Und er hat sich getraut, eine Erhöhung der Kapitalsteuer anzukündigen. Das ist Barack Obama nie gelungen. Innenpolitisch bekommt Joe Biden relativ gute Noten, er hat viel geschafft.

Und wie ist die Benotung von Joe Bidens Außenpolitik?

Das sehe ich gemischt, da hat er viel versprochen – und das wurde

entweder nur zögerlich umgesetzt oder gar nicht erst verfolgt. Er hat zwar eine Partnerschaft mit Freunden und Verbündeten angekündigt. Aber: Damit verknüpft war stets der Anspruch auf US-amerikanische Führerschaft. Und Führerschaft ist nicht Partnerschaft. Es ist wichtig, dass Biden die USA zurückbringt ins Pariser Klimaabkommen, in die Weltgesundheitsorganisation oder die Welthandelsorganisation. Aber das sind halt auch relativ einfache Ziele. Schwieriger wird da die Rückkehr zum Atomabkommen mit dem Iran. Das ist übrigens der erste wirkliche außenpolitische Test für Biden.

Erwarten Sie eine Fortsetzung der Konfrontation mit China?

Joe Biden führt die Großmachtspolitik nicht nur weiter, er hat sie sogar verschärft. Das sieht man allein schon an seiner Rhetorik, auch ge-



US-Experte Heinz Gärtner Foto: Privat

genüber China, aber auch Russland. Etwa, als er Wladimir Putin als „Killer“ bezeichnete. Das ist kein Beitrag zur Diplomatie. Das heißt, beim harten Multilateralismus wird es sich wohl spießen.

Was heißt das für Europa? Wird jetzt alles wieder gut?

Nein, denn die konfrontativen Themen bleiben ja bestehen. Europa ist dafür aber mitverantwortlich, da man gegenüber den USA zu wenig

Mit China geht das aber nicht...

Mit China wird das ein Problem, wenn sich die Konfrontation weiter zuspitzt. Manche Beobachter befürchten sogar einen militärischen Konflikt – aufgrund der Statistik: Wenn es eine Großmacht und eine aufstrebende Großmacht gibt, dann kommt es historisch gesehen in 75 Prozent der Fälle zu einer militärischen Auseinandersetzung. Dabei wäre vernünftig, dass sich Europa neutral verhält.